

Adalah
The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel
Das Zentrum für die Rechte der arabischen Minderheit in Israel

Nachrichten-Update 4. August 2010

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen fordert Israel auf, dafür zu sorgen, daß Gefangene unverzüglich Zugang zu einem Anwalt erhalten, das Gesetz gegen illegale Kombattanten aufzuheben, den Familienbesuch bei Gaza-Häftlingen wieder einzurichten, die Blockade von Gaza aufzuheben, eine unabhängige Untersuchung der Operation "Gegossenes Blei" einzuleiten, die Ermordungen einzustellen und die Kollektivzerstörung von Wohnhäusern zu beenden.

Am 29. Juli 2010 veröffentlichte die Menschenrechtskommission, die über die Umsetzung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)[1] wacht, ihre 'Abschließenden Beobachtungen' [2] über Israel. Die Abschließenden Beobachtungen führten zahlreiche Punkte an, die der Kommission von Adalah, Physicians for Human Rights-Israel (PHR-Israel) und dem Al Mezan Centre for Human Rights in ihren zwei gemeinsamen NRO-Berichten [3] sowie in mündlichen Präsentationen des Adalah-Bevollmächtigten Orna Kohn und von Amiram Gil, dem Advocacy Director (Leiter der Interessenvertretung) von PHR-Israel, während der Überprüfungsitzungen der Kommission in Genf vorgelegt worden waren. Al Mezan war aufgrund von Komplikationen durch die illegale israelische Blockade des Gazastreifens nicht in der Lage, einen Vertreter zu der Anhörung zu schicken.

In den Abschließenden Beobachtungen stellte die Kommission eine hohe Zahl von Verstößen Israels gegen seine Verpflichtungen unter dem ICCPR fest. Sie äußerte ihre Besorgnis über israelische Gesetze, politische Strategien und Praktiken, die eine Verletzung der Rechte von Palästinensern im Besetzten Palästinensischen Territorium (BPT) darstellen, einschließlich Folter und schlechter Behandlung. Die Kommission wiederholte noch einmal ihre Kritik an Israel wegen mangelnder unabhängiger Detailinformationen, die die Einhaltung des Pakts in den BPT belegen, einem Territorium, das sich praktisch unter israelischer Kontrolle und Besatzung befindet. Sie unterbreitete Israel eine Reihe von Vorschlägen zur Sicherstellung des Schutzes der Rechte von Palästinensern, die in israelischen Haftzentren und Gefängnissen festgehalten werden, sowie von palästinensischen Zivilisten in den BPT in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen unter dem ICCPR.

Die Kommission forderte Israel unter anderem auf, Folter als Verbrechen in die eigene Gesetzgebung aufzunehmen; Abstand von der Administrativhaft zu nehmen; dafür zu sorgen, daß alle Gefangenen sofort Zugang zu einem Anwalt erhalten; die Haft nach dem Gesetz über illegale Kombattanten aufzuheben; das Familienbesuchsprogramm für Gefangene aus dem Gazastreifen wieder aufzunehmen; die militärische Blockade des Gazastreifens aufzuheben; eine glaubwürdige, unabhängige Untersuchung von schweren Verstößen gegen internationales Recht während der Operation "Gegossenes Blei" in Angriff zu nehmen; seine Praxis der außergerichtlichen Hinrichtungen zu beenden; und die Praxis der kollektiven Bestrafung in Form der Zerstörung von Wohnhäusern und Eigentum zu beenden.

Die Abschließenden Beobachtungen und Empfehlungen umfassen unter anderem die folgenden, von Adalah, PHR-Israel und Al Mezan beigetragenen Punkte:

Folter und Mißhandlung

* Israel sollte das Verbrechen der Folter in seine Gesetzgebung aufnehmen und 'Notwendigkeit' als in Frage kommende Rechtfertigung für das Verbrechen Folter vollständig eliminieren. * Die Kommission ist aufgrund anhaltender Berichte über den Einsatz von Folter gegen palästinensische Gefangene in Sorge, die eines Sicherheitsvergehens verdächtigt werden, und aufgrund von Berichten über eine Komplizenschaft des medizinischen Personals mit den Vernehmungsbeamten oder über Hinnahme. Nur wenige Fälle enden mit strafrechtlichen Ermittlungen und Verurteilungen.

* Die Kommission ist in Sorge darüber, daß der für Beschwerden gegen Verhörbeamte der Israelischen Sicherheitsagentur (ISA) zuständige Inspektor ein Mitarbeiter der ISA ist und daß im Berichtszeitraum in keiner Beschwerdesache strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen wurden.

* Die Kommission merkt ihre Bedenken dagegen an, daß Vorwürfe gegen Mitglieder der israelischen Armee von Ermittlern der Militärpolizei untersucht werden, einer Einheit, die dem Generalstabschef der Streitkräfte untersteht.

* Die Seite des Staates muß Sorge dafür tragen, daß alle berichteten Fälle von Folter und unverhältnismäßigem Gebrauch von Gewalt durch Vollzugsbeamte gründlich und unverzüglich von einer bevollmächtigten Stelle untersucht werden, die von all diesen Organen unabhängig ist, daß, wer schuldig gesprochen wird, zu einer Strafe verurteilt wird, die der Schwere des Verbrechens entspricht, und daß die Opfer eine Entschädigung erhalten.

Administrativhaft

* Die Seite des Staates sollte, insbesondere im Falle von Kindern, keine Administrativhaft verhängen und dafür sorgen, daß das Recht von Gefangenen auf ein faires Verfahren zu jeder Zeit gewahrt ist.

* Die Seite des Staates sollte Administrativhäftlingen unverzüglichen Zugang zu einem Rechtsberater eigener Wahl gewähren, sie sofort und in einer Sprache, die sie verstehen können, über die gegen sie vorgebrachten Beschuldigungen informieren, sie mit Informationen zur Vorbereitung ihrer Verteidigung versehen, sie unverzüglich einem Richter vorführen und in Anwesenheit über sie verhandeln.

Antiterrorgesetzgebung

* Die Seite des Staates sollte sicherstellen, daß die Definitionen des Terror- und des Sicherheitsverdächtigen präzise sind und sich darauf beschränken, den Terror zu bekämpfen und die nationale Sicherheit aufrechtzuerhalten, und daß sie in voller Übereinstimmung mit dem Pakt sind.

* Jede Gesetzgebung, Verordnung und militärische Anordnung sollte den Anforderungen des Prinzips der Rechtsmäßigkeit in Hinblick auf Zugang, Gleichberechtigung, Präzision und Rückwirkungsverbot genügen. Jede unter strafrechtlicher Anklage verhaftete oder inhaftierte Person, einschließlich Personen, die eines Sicherheitsvergehens verdächtigt werden, sollte sofortigen Zugang zu einem Anwalt erhalten.

* Die Entscheidung, den Zugang zu einem Anwalt oder einem Richter aufzuschieben, sollte vor Gericht anfechtbar sein.

Die Internierung illegaler Kombattanten

* Israel sollte das Gesetz über die Internierung illegaler Kombattanten aufheben.

Kontaktsperre zwischen Gefangenen und ihren Familien

* Israel sollte das vom Roten Kreuz unterstützte Familienbesuchsprogramm für Gefangene aus dem Gazastreifen wieder aufnehmen und das Recht von Gefangenen, die eines Sicherheitsvergehens verdächtigt werden, erweitern, in Kontakt mit ihren Familien zu bleiben, auch per Telephon. Die Kommission gab ihrer Sorge darüber Ausdruck, daß der Oberste Israelische Gerichtshof das Verbot von Familienbesuchen bei palästinensischen Gefangenen in Israel bestätigt hat und daß es Internierten, die eines Sicherheitsvergehens verdächtigt werden, nicht erlaubt ist, Telephonkontakt mit ihren Familien aufzunehmen.

Die Gaza-Blockade

* Die Kommission sorgt sich über die Auswirkungen der Blockade auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen, einschließlich der Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit, die zum Teil zum Tod von Patienten geführt haben, die dringend medizinische Versorgung benötigten, sowie der Beschränkung des Zugangs zu genügend Trinkwasser und angemessener sanitärer Versorgung. Israel sollte seine militärische

Blockade des Gazastreifens aufheben, soweit sie die Zivilbevölkerung beeinträchtigt.

"Operation Gegossenes Blei"

* Die bewaffneten Kräfte des Staates haben in wenigen Fällen Ermittlungen zu Zwischenfällen aufgenommen, in denen es während seiner Militäroffensive im Gazastreifen angeblich zu einer Verletzung internationalen humanitären Rechts und der Menschenrechte gekommen ist, was zu einer Verurteilung und zu zwei Anklagen führte.

* Das Komitee nimmt mit Sorge zur Kenntnis, daß der größte Teil der Ermittlungen auf der Basis vertraulicher Operationseinsatzbesprechungen stattgefunden hat.

* Die Seite des Staates hat bislang keine unabhängigen und glaubhaften Ermittlungen zu schweren Verletzungen der Internationalen Menschenrechte, wie dem direkten Angriff auf Zivilisten und zivile Anlagen einschließlich Infrastruktur wie Abwasser- und Kläranlagen, der Nutzung von Zivilisten als menschliche "Schutzschilde", der Weigerung, Verwundete zu evakuieren, das Abfeuern scharfer Munition bei Demonstrationen gegen die Militäroffensive und die Inhaftierung unter menschenunwürdigen Bedingungen, durchgeführt.

* Die Staatsseite sollte im Fall der schweren Verletzungen der Internationalen Menschenrechte glaubhafte, unabhängige Ermittlungen veranlassen.

* Alle Entscheidungsträger, seien es militärische oder zivile Offizielle, sollten überprüft werden und wenn zutreffend, strafrechtlich verfolgt und bestraft werden.

Die Angriffe des israelischen Militärs auf die Freiheitsflottille

* Die Kommission nimmt mit Sorge den Gebrauch von Gewalt bei der Enterung der Schiffe zur Kenntnis, die mit humanitären Hilfsgütern für Gaza beladen waren, die den Tod von neun Menschen und die Verwundung weiterer zur Folge hatte.

* Die Kommission ist in Sorge aufgrund der nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Untersuchungskommission und aufgrund des Verbots, die offiziellen Vertreter der Streitkräfte des Staates, die in den Vorfall verwickelt waren, zu befragen.

* Die Seite des Staates sollte zu einer unabhängigen, internationalen Untersuchungsmission einladen, um die Umstände der Landung auf der Flottille näher zu bestimmen, einschließlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Pakt.

Außergerichtliche Hinrichtungen

* Die Kommission betont noch einmal ihre Besorgnis darüber, daß die Streitkräfte des Staates seit 2003 184 Personen im Gazastreifen ins Visier genommen und außergerichtlich hingerichtet haben, was einen unbeabsichtigten Kollateralschaden von 155 zusätzlichen Opfern mit sich zog. Die Seite des Staates sollte ihre Praxis der außergerichtlichen Hinrichtung von Einzelpersonen beenden, die der Beteiligung an terroristischen Aktivitäten verdächtigt werden.

* Er sollte zudem dafür sorgen, daß äußerste Sorgfalt darauf verwendet wird, das Recht jedes Zivilisten auf Leben zu schützen, einschließlich der Zivilisten im Gazastreifen.

* Die Seite des Staates sollte ein unabhängiges Gremium einsetzen, das unverzüglich und gründlich Beschwerden über unverhältnismäßige Gewaltanwendung untersucht.

Hauszerstörungen und ungerechte Wohnungspolitik

* Die Kommission ist besorgt über die häufige verwaltungstechnische Zerstörung von Eigentum, Wohnhäusern sowie Schulen in der Westbank und in Ost-Jerusalem und aufgrund eines diskriminierenden Planungssystems insbesondere in der "Zone C" der Westbank sowie in Ost-Jerusalem, das die jüdische Bevölkerung dieses Gebietes unverhältnismäßig bevorzugt.

* Die Kommission betont von neuem, daß die Seite des Staates ihre Praxis der kollektiven Bestrafung in

Form der Zerstörung von Wohnhäusern und Eigentum beenden sollte.

* Die Seite des Staates sollte ihre Wohnungspolitik und die Ausgabe von Baugenehmigungen mit Sicht auf Umsetzung des Antidiskriminierungsgebots gegenüber Minderheiten, insbesondere Palästinensern, überprüfen und darauf, die legalen Bautätigkeiten für Minderheiten in der Westbank und in Ost-Jerusalem zu mehren.

Bezogen auf die Anwendbarkeit des ICCPR auf die besetzten Territorien, beschied die Kommission im Gegensatz zur Position der Seite des Staates, daß die Bestimmungen des Pakts unter den derzeitigen Umständen zum Wohle der Bevölkerung in den Besetzten Territorien einschließlich des Gazastreifens, auf jedes Verhalten der Behörden oder Angestellten der Seite des Staates in diesen Territorien anwendbar sind, das den Besitz von Rechten, die in dem Pakt niedergelegt sind, berührt. Sie empfahl der Seite des Staates, die volle Anwendung des Paktes in Israel sowie in den besetzten Territorien, einschließlich der Westbank, Ost-Jeruselems, des Gaza- Streifens und der besetzten syrischen Golanhöhen, sicherzustellen.

Viele Empfehlungen der Menschenrechtskommission geben genau die Empfehlungen des Komitees gegen Folter wider [4], das Israel 2009 überprüft hat, und das die drei Organisationen ebenfalls mit Informationen versehen haben.

Alle Dokumente der Nichtregierungsorganisationen, der Seite des Staates und der Menschenrechtskommission stehen zur Verfügung unter:
<http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrc/hracs99.htm>.

[1] <http://www2.ohchr.org/english/law/ccpr.htm>

[2] <http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrc/docs/CCPR.C.ISR.CO.3.doc>

[3] http://www.adalah.org/newsletter/eng/jun10/docs/REPSONE_AAP.pdf

[4] <http://daccess-ods.un.org/TMP/2498660.53462029.html>